

10.03.2022

## N i e d e r s c h r i f t

**über die 05. (907.) ordentliche öffentliche gestreamte Sitzung des Rates am Donnerstag, den 10.03.2022, 19.30 Uhr, im Haus der Insel, großer Saal**

---

Es sind erschienen:

Ratsvorsitzender Gerrit Agena  
Stv. Bürgermeisterin Ines Mühlinghaus  
Ratsherr Uwe Garrels  
Ratsherr Jan Martin Janssen  
Ratsfrau Bärbel Kraus  
Ratsfrau Daniela Peters  
Ratsherr Till Martin Peters  
Ratsherr Michael Recktenwald  
Ratsherr Rüdiger Schmidt

Es fehlt entschuldigt:

Stv. Bürgermeisterin Gerda Spies

Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes  
Kämmerin Cornelia Baller  
Tourismusmanager Nils Jønsen  
Protokollführung Katja Heimes

Bürgermeisterin Heike Horn

Als Gast:

Abteilungsleiter Marc Sjuts

**Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Zum Gedenken der Kriegsoffer in der Ukraine wird eine Schweigeminute eingelegt.

Ratsvorsitzender Agena eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er entschuldigt die krankheitsbedingte Abwesenheit von Bürgermeisterin Horn und Stv. Bürgermeisterin Spies.

**Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge**

Die Tagesordnung wurde im Vorfeld um die Tagesordnungspunkte

**Zu Punkt 14: Bekanntgabe Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG**  
**hier: Kioskbetriebe Schiffe**  
**(s. Vorlage Nr. VO21-293)**

**Zu Punkt 15: Bekanntgabe Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG**  
**hier: Hafenstraße**  
**„Erneuerung der Fahrbahn zwischen Hafenstraße**  
**Haus Brandaris und Süderdünenring Haus Lisa“**  
**(s. Vorlage Nr. VO22-004)**

erweitert.

Der Tagesordnungspunkt

**Zu Punkt 8: Auslobung und Einrichtung eines Gästebeirates  
(s. Vorlage Nr. VO22-286)**

wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Verwaltungsausschuss hat die Angelegenheit wegen weiterem Beratungsbedarf zurückgestellt.

Ratsfrau Kraus verweist auf den Betriebsausschuss vom 10.02.2022 und den Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen-Recktenwald „Auf sukz. Umrüstung der kommunalen Straßenbeleuchtung auf LED/Solar-Technik, insbesondere bei Straßensanierungen (s. Vorlage Nr. VO22-024). Die Empfehlung lautete den Punkt zur Beschlussfassung in die heutige Ratssitzung zu geben. Der Punkt sei nicht auf der Tagesordnung.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf die krankheitsbedingten Ausfälle in der Verwaltung. Die Niederschrift des Betriebsausschusses sei noch nicht freigegeben und unterschrieben. Die Aufnahme auf die Tagesordnung werde zur nächsten Ratssitzung nachgeholt.

**Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die 3. (905.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.2021**

Ratsfrau Kraus verweist auf ihren protokollierten Beitrag zum Punkt „Verfügungsrahmen“. Ihr fehle darin ein für sie wichtiger geäußelter Satz als Bestandteil. Sie verliere die Protokollierung und die von ihr gewünschte Ergänzung. Sie habe die Antwort der Verwaltung, dass dies nicht ergänzt werde, da eigentlich nur Beschlussprotokolle gefasst würden. Sie bittet um Protokollierung „Ratsfrau Kraus unterstreicht nochmals, dass die Zusammenarbeit mit Herrn Jensen sehr gewünscht sei. Die Zusagen seien ihr nicht bekannt. Sie könne sich nicht vorstellen, dass langgediente Ratsmitglieder solche Zusagen machen, ohne dass es gültige Ratsbeschlüsse gebe“.

Die Niederschrift über die 3. (905.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.2021 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die 3. (905.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.2021 wird mit 8 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme genehmigt.

**Zu Punkt 5: Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses**

Allgemeiner Vertreter Heimes berichtet über den im Verwaltungsausschuss gefassten Beschluss zur Vergabe der Ingenieursleistungen für den Neubau des Baubetriebshofes.

**Zu Punkt 6: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen**

Olaf Hube

Herr Hube verweist auf den Punkt 11 der Tagesordnung. Eine Entscheidung zum Abspielen von Musik auf den Terrassen von Gaststätten würde er nicht begrüßen. Der Einzelhandel müsste gleichgestellt und dort ebenfalls das Abspielen von Musik erlaubt werden. Er fragt, ob die Regelung auf den Einzelhandel ausgeweitet werden soll und wie mit der Mittagspause und dem Abspielen von Musik von Privatpersonen umgegangen werden soll.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass die Erläuterung während des Tagesordnungspunktes erfolge. Transportable Musik sei zu unterbinden und nicht erlaubt. Auf den Terrassen der Gastronomie soll nur Musik in Hörweite der Gäste erlaubt werden. Ob die Entscheidung auf den Einzelhandel ausgeweitet werden soll, sei eine Entscheidung des Rates.

Herr Hube bittet bei der Entscheidung über den Einzelhandel nachzudenken.

Ratsherr Recktenwald erläutert, dass eine musikalische Untermalung in der Gastronomie durchaus üblich sei. Es gehe nicht um Veranstaltungen. Diese seien wie bisher gesondert zu beantragen.

#### Olaf Hube

Herr Hube erläutert zum Tagesordnungspunkt 12, dass er als Vorsitzender des Einzelhandelsverbandes beantragt habe, die Zeiten für das Fahrradfahrverbot zu verkürzen. Seinerzeit sei ein Gesamtkonzept angedacht worden, dass auch die Kontrolle, die Beschilderung und die Sensibilisierung der Gäste beinhalte. Er fragt, ob dem Rat dieses Konzept vorliege.

Ratsvorsitzender Agena verneint die Frage.

Allgemeiner Vertreter Heimes legt dar, dass das Thema im Verwaltungsausschuss besprochen wurde. Das Beschilderungen angepasst werden müssen, sei selbstverständlich. Hauptthema der Diskussion seien die Zeiten, ob es Sinn mache, diese vom Sommer bis in den frühen Herbst zu verkürzen.

Herr Hube wendet ein, dass das Konzept mehr Aufklärung und Akzeptanz bringen sollte. Eine Entscheidung ausschließlich für die Zeiten finde er bedauerlich.

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert, dass der Schwerpunkt die Festlegung der Zeiten sei. Eine Aufklärung habe mit der Entscheidung erstmal nichts zu tun.

Ratsherr Janssen bringt vor, dass der Rat kein Konzept vorgelegt bekommen habe und somit nicht in die Überlegungen einfließen konnte.

#### **Zu Punkt 7: Bekanntgabe Eilentscheidung gem. § 89 NKom VG hier: Projekt Container- und Fußgängerbrücken Bengersiel und Langeoog (s. Vorlage Nr. VO22-007)**

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert den Sachverhalt.

Der Rat nimmt die Eilentscheidung zur Kenntnis.

#### **Zu Punkt 8: Auslobung und Einrichtung eines Gästebeirates (s. Vorlage Nr. VO22-286)**

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Verwaltungsausschuss hat die Angelegenheit wegen weiterem Beratungsbedarf zurückgestellt.

**Zu Punkt 9: Entwicklung Mietwohnungsbau Langeoog  
(s. Vorlage Nr. VO22-016)**

Ratsherr Garrels verweist auf die aktuellen Weltgeschehnisse und Kriegssituation. Materialpreise werden steigen und somit auch die Kosten für den Wohnungsbau. Mietwohnungsbau sei auf der Insel dringend notwendig und müsse entwickelt werden. Konzepte müssten verglichen und kostengünstige Lösungen gefunden werden.

Kämmerin Baller teilt mit, dass für den Mietwohnungsbau Gelder im Haushaltsplan vorgesehen seien. Die Verwaltung sehe hier ebenfalls Dringlichkeit. Es werde dringlich Wohnraum für Mitarbeiter, aber auch für die übrigen Bereiche der Insel benötigt.

Der Rat beschließt einstimmig die Verwaltung damit zu beauftragen, mehrere Angebote von Projektgesellschaften anzufragen, die das Projekt planen und begleiten.

**Zu Punkt 10: Einlage des Grundstücks und des Gebäudes Haus der Insel (HDI) in den Betrieb Tourismus-Service Langeoog  
(s. Vorlage Nr. VO22-043)**

Kämmerin Baller erläutert den Sachverhalt. Das Haus der Insel sei bei der Gemeinde bisher als Betrieb gewerblicher Art geführt worden, werde aber ausschließlich vom Tourismus-Service genutzt. Das Grundstück und das Gebäude werden damit als betriebsnotwendiges Vermögen für den Tourismus-Service angesehen. Die steuerliche Anpassung sei bereits erfolgt. Nun fehle noch die handelsrechtliche Einlage.

Der Rat beschließt einstimmig die handelsrechtliche Einlage des Grundstückes und Gebäudes HDI rückwirkend zum 01.01.2021 in den Betrieb Tourismus-Service Langeoog zum Wert von Euro 4.690.000,00 für das Grundstück und Euro 1,00 für das Gebäude.

**Zu Punkt 11: Verordnung zur Bekämpfung des Lärms (LanLVO)  
hier: § 6 LanLVO – Außengastronomie, Abspielen von Musik  
(s. Vorlage Nr. VO22-047)**

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert den Beschlussvorschlag. Die Verordnung sei entsprechend dem Ratsbeschluss vom Vorjahr um die Erlaubnis zum Abspielen von Musik anzupassen. Er berichtet über die Formulierungen auf den Nachbarinseln (...Abspielen leiser Musik, dezent im Hintergrund, so dass unbeteiligte Personen nicht gestört werden...). Veranstaltungen seien davon nicht betroffen und müssen weiterhin beantragt werden. Der Verwaltungsausschuss habe sich für die Formulierung analog der Nachbarinseln ausgesprochen.

Der Rat beschließt mit 8 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme

2. die Verordnung zur 2. Änderung der Verordnung der Inselgemeinde Langeoog zur Bekämpfung des Lärms (LanLVO) gemäß dem als Anlage beigefügten Entwurf 2

**Zu Punkt 12: Fahrradfahrverbot in der Fußgängerzone  
hier: Antrag des Einzelhandelsverbandes Langeoog, Vors. Herr Olaf Hube  
(s. Vorlage Nr. VO22-048)**

Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus erläutert ihre Entscheidung. Sie spreche sich für die Beibehaltung des Fahrradfahrverbotes in der Zeit von 10.00 bis 20.00 Uhr aus.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf die Anfrage von Herrn Hube. Im letzten Frühjahr sei über verschiedene Punkte diskutiert worden. Unter anderem seien die Transporte von Drank diskutiert worden. Die Transporte stellten kein Problem mehr dar und seien daher nicht mehr besprochen worden. Kontrovers sei über die Verkürzung der Zeiten diskutiert worden. Problem sei es nach den Osterferien und vor den Herbstferien Zeiten einzuführen, die Fahrradfahren wieder erlauben. Eine ständige Änderung der Beschilderung sei schwierig und nicht mehr verständlich. Zudem verweist er auf die erforderlichen Genehmigungen bei der Straßenverkehrsbehörde des Landkreises. Auch erst dann dürfe die Polizei in den fließenden Verkehr eingreifen. Die Verlängerung des Fahrverbotes auf 22.00 Uhr in den letzten zwei Jahren galt der Ausweitung der Terrassengeschäfte in Coronazeiten zum Ausgleich der Einschränkungen. Dies hatte eine Verlagerung der Fußgänger auf die Straße zur Folge. Die Erfahrung der letzten Jahre habe gezeigt, dass die zeitliche Verlängerung auf 22.00 Uhr nicht erforderlich sei.

Ratsherr Garrels spricht sich ebenfalls für die Beibehaltung der Zeiten aus. Es müsse eine eindeutige Regelung geben. Unterschiedliche Zeiten würden zu Problemen führen. Die Regelung habe sich in den letzten Jahren bewährt und zur Entspannung in der Fußgängerzone beigetragen.

Der Rat beschließt einstimmig

2. im Falle der Erweiterung der Sondernutzungsflächen – auch im Jahre 2022 – für die Gastronomie u.a, bedingt durch die „Corona-Vorschriften“ den Zeitraum des jährlichen Fahrradfahrverbotes in der Fußgängerzone von Beginn der Osterferien in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bis zum Ende der Herbstferien in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen täglich von 10:00 Uhr bis 20:00 Uhr anzupassen.

### **Zu Punkt 13: Änderung der Geschäftsordnung** **(s. Vorlage Nr. VO22-049)**

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert den Sachverhalt. Der Rat müsse sich eine Geschäftsordnung geben. In der konstituierenden Sitzung im November sei zunächst die Geschäftsordnung der letzten Legislaturperiode übernommen worden. Inzwischen sei eine Abstimmung und Ergänzung erfolgt und beschlossen worden. Er erläutert die Ergänzung in § 4 Abs. 2 sowie die beantragte Ergänzung in § 23 Abs. 2 für die Genehmigung von Protokollen, deren Ausschüsse nicht regelmäßig tagen. Diese Regelung sei mit der Kommunalaufsicht abgestimmt.

Ratsfrau Peters weist darauf hin, dass in der Mustersatzung unter § 4, Abs. 2 im ersten Satz das Wort „von“ (Einwohnern) hinzugefügt werden müsse.

Ratsherr Recktenwald äußert, dass die Anpassung auch erfolgt sei, um den Einwohnern, die die Sitzungen im Streaming verfolgen, vorab die Möglichkeit zur Fragestellung zu geben.

Der Rat beschließt einstimmig die Geschäftsordnung in der vorgelegten Fassung mit der von Ratsfrau Peters angeregten redaktionellen Anpassung.

### **Zu Punkt 14: Bekanntgabe Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG** **hier: Kioskbetriebe Schiffe** **(s. Vorlage Nr. VO21-293)**

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert den Sachverhalt.

Der Rat nimmt die Eilentscheidung zur Kenntnis.

**Zu Punkt 15: Bekanntgabe Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG**

**hier: Hafenstraße**

**„Erneuerung der Fahrbahn zwischen Hafenstraße Haus Brandaris  
und Süderdünenring Haus Lisa“  
(s. Vorlage Nr. VO22-004)**

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert den Sachverhalt.

Der Rat nimmt die Eilentscheidung zur Kenntnis.

**Zu Punkt 16: Anträge und Anfragen**

- a. Ratsherr Recktenwald verweist auf die explodierenden Sprit- und Dieselpreise. Preissteigerungen seien allgemein zu spüren. Seines Erachtens müsse dies auch Auswirkungen auf die Schifffahrt haben.

Allgemeiner Vertreter Heimes antwortet, dass man in Gesprächen sei und die Auswirkungen prüfe.

- b. Ratsfrau Kraus verliest und überreicht für die Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen – Recktenwald“ einen Antrag "zu einem Prüfauftrag zur Errichtung von Photovoltaik-Solarthermie-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden".

Sie ergänzt den Antrag um den Hinweis auf das EEG-Osterpaket des Wirtschaftsministeriums. Dazu gebe es vom Nds. Städte- und Gemeindebund bereits einen Referentenentwurf, der auf die finanzielle Beteiligung der Kommunen an Wind- und Solarprojekten weiterentwickelt werde und die Rahmenbedingungen verbessern würde. Der Prüfauftrag mache ihres Erachtens für die Kommune Sinn. Sie verweist auf den enormen Energieaufwand für LNG.

Abteilungsleiter Sjuts weist darauf hin, dass die gewünschte Bearbeitung bis zum nächsten NULA nicht möglich sein werde. Für die Aufnahme der Liegenschaften müsse eine externe Firma beauftragt werden. Er verweist auf den finanziellen Aufwand, gerade für den TSL. Grundsätzlich stimme er dem Thema zu. Bei einem Großteil der Liegenschaften müsse in dem Zuge aber auch eine Dachsanierung erfolgen. Er verweist auf die Solaranlage an der Abwasserreinigungsanlage. Hier könne eine Vergrößerung und höhere Speicherung überlegt werden. Leider scheitere dies meistens an den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde.

Kämmerin Baller verweist auf den Haushaltsplan und das beschlossene Investitionsprogramm. Derzeit arbeite man noch in der vorläufigen Haushaltsführung, weil die Genehmigung des Haushaltsplanes vom Landkreis ausstehe. Vorher können keine neuen Investitionsmaßnahmen begonnen werden, vor allem nicht, wenn sie nicht im Investitionsprogramm enthalten sind. Man sei zeitlich an den Plan gebunden.

Ratsfrau Kraus äußert, dass die Kommune über ein Solarkataster verfüge und darüber die Prüfung erfolgen könne, ob die Dachflächen überhaupt geeignet seien. Die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen würden bei der Erfassung unterstützen. Man habe die Aufgabe vom Wirtschaftsministerium, dass die Kommunen tätig werden müssen. Mit der jetzigen Energiesituation werde noch einiges auf die Kommunen zukommen. Es müssten sonst andere Investitionen zurückgestellt werden. Sie befürchte, dass die Gemeinde mit den zukünftigen Energiekosten überlaufen werden könnte.

Abteilungsleiter Sjuts erklärt nochmals, dass Photovoltaikanlagen auf den Liegenschaften der Kommune durchaus sinnvoll seien (wo es möglich ist). Man werde aber immer externe Beratung hinzuziehen müssen. Den Prozess müsse man sicherlich anstoßen, aber eine kurzfristige Umsetzung sei nicht möglich.

- c. Ratsfrau Peters erinnert an ihre Anregung rechtzeitig vor der Saison Gespräche bezüglich der Rettungskette Strand, Polizei und Feuerwehr zu führen. Sie fragt nach dem Sachstand.

Tourismusmanager Jenssen erklärt, dass ihm das Thema untergegangen sei.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf die Wichtigkeit des Themas. Die Gespräche seien dringend erforderlich und werden noch vor Beginn der Strandsaison stattfinden.

- d. Ratsfrau Peters verweist auf die Photovoltaikanlage auf dem Feuerwehrhaus und fragt, ob dort bereits Strom eingespeist werden könne.

Allgemeiner Vertreter Heimes antwortet, dass die Anlage seit letztem Sommer im Betrieb sei.

- e. Ratsvorsitzender Agena verweist auf den früher im Rundschreiben veröffentlichten Hinweis zur Reinigung und Ordnunghaltung auf den Grundstücken und Grünflächen. Seit Jahren sehe er an bestimmten Stellen den gleichen Bauschutt und Lagerung von Gegenständen. Er bittet den Hinweis im nächsten Rundschreiben aufzunehmen und ferner die Lagerung auf den Grünstreifen zu prüfen.

Allgemeiner Vertreter Heimes bittet um Mitteilung an das Ordnungsamt und die gemeinten Stellen konkret zu benennen. Man werde dem nachgehen.

- f. Ratsvorsitzender Agena verweist auf die bereits im alten Rat geführten Diskussionen bezüglich der großen Mengen an Pizzakartons, die die Mülltonnen füllen sowie danebengelegt werden. Es sei die Einführung von Pfand angedacht worden. Er fragt nach dem Sachstand.

Ratsherr Recktenwald ist der Meinung, dass die Verkäufer verpflichtet seien, die Verpackungen wieder zurückzunehmen. Er sehe das Problem in erster Linie beim Verbraucher. Im letzten Tourismusausschuss war das Thema bereits angesprochen worden und es sollte ein Arbeitskreis gebildet werden. Dieser konnte sich zeitlich bisher nicht treffen. Dies soll zeitnah erfolgen um Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Er verweist auf die kostenlose Ausgabe von Recup-Bechern, die schleppend laufe. Auch den Wirtschaftsbetrieben scheine das Interesse und die Sensibilität zu fehlen.

Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus ist selbst Inhaberin einer Pizzeria und würde die Kartons zurücknehmen. Sie habe mit diversen Firmen gesprochen. Pfand-Kartons für Pizza würden nicht hergestellt. Die Gäste müssten mehr sensibilisiert werden.

Ratsvorsitzender Agena weist nochmals auf eine Pfandgebühr hin und sehe hier eine Möglichkeit der Eindämmung.

Ratsherr Garrels verweist auf die Verkäufe am Hauptbad. Hier würden lediglich Abfalltonnen des Tourismus-Service stehen. Die Unternehmen selber stellen keine Tonnen auf. Dies sollte angesprochen werden.

Allgemeiner Vertreter Heimes berichtet über Gespräche mit dem Einzelhandelsverband. Problem seien die fehlenden Abfalltonnen in den Betrieben. Die Abfallbehälter der Gemeinde seien verringert worden, weil die Leerung nicht mehr zu leisten war. Im Grunde müsse eine Rückgabe im Betrieb möglich sein. Es müssten nochmals Gespräche mit den Gewerbetreibenden geführt werden.

### **Zu Punkt 17: Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten**

1. Allgemeiner Vertreter Heimes teilt mit, dass im letzten Betriebsausschuss zum Thema Auftragsvergabe zur Planung des Hubschrauberlandeplatzes darauf hingewiesen wurde, dass auf Nachfrage bei der Luftaufsicht von Herrn Kuper eine andere Auskunft eingeholt wurde. Dies wurde seitens der Verwaltung bei der Luftaufsicht nachgefragt. Er verliest einen Teil der Antwort „...leider hatten seine Vorschläge aber wenig mit der bestehenden Allgemeinverfügung für die Anlagen zum Betrieb von Hubschrauberlandeplätzen zu tun und können somit nicht für die Herstellung eines den Vorgaben entsprechenden Hubschrauberlandeplatzes in Betracht gezogen werden...“. Man bleibe also weiter bei dem Beschluss des Betriebsausschusses. Der Hubschrauberlandeplatz soll so ausgebaut werden, wie es die Vorschriften vorgeben. Dies werde derzeit erarbeitet. Man sei in Planungsgesprächen.

### **Zu Punkt 18: Einwohnerfragestunde**

#### Paolo Lamazza

Herr Lamazza verweist auf die Kriegssituation in der Ukraine. Er fragt nach der Möglichkeit ein Zeichen zu setzen und den Wasserturm in den Nationalfarben der Ukraine zu beleuchten.

Technikleiter HDI Ralph Weidanz erläutert, dass dies leider nur mit Scheinwerfern umsetzbar sei, die fokussierbar seien. Dies sei ein Kostenaufwand. Man habe es mit Farbkarten und dem Bodenscheinwerfer versucht. Leider sei dies nicht möglich.

Herr Lamazza regt an, zu prüfen, ob eine Beleuchtung der Fenster möglich sei.

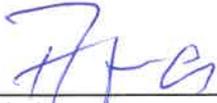
#### Olaf Hube

Herr Hube fragt nach einem Ratsbeschluss vom 26.03.2020. Das Protokoll sei nicht veröffentlicht und er bittet dies nachzuholen. Es gehe um den Beschluss Alternativen für die das Kurviertel zu finden. Seines Erachtens sei der Ratsbeschluss bis heute nicht umgesetzt worden. Er fragt warum nicht.

Allgemeiner Vertreter Heimes widerspricht dem. Er verweist auf die Veranstaltung Ende Oktober 2020 zur Vorstellung von Varianten zur Belebung des Kurviertels. Daraufhin habe sich ein Teil des Rates mit einer zusätzlichen Variante zur Planung und Entwicklung mitgeteilt. Dies habe in mehreren Ratssitzungen Änderungen der Beschlüsse ergeben und eine andere Beschlusslage zur Folge gehabt. Hier sei man in der Bearbeitung. Der Sachstand sei in mehreren Sitzungen vorgestellt worden. Es habe im Laufe der Zeit eine Entwicklung gegeben mit verschiedenen Beschlüssen.

**Zu Punkt 19: Schließung der Sitzung**

Ende der Sitzung: 20.40 Uhr



---

Gerrit Agena  
Ratsvorsitzender



---

Katja Heimes  
Protokollführerin